

  
Bundesanstalt  
für Umweltuntersuchung  
Salzburg  
Schopperstraße 13

A-5020 Salzburg, 24.3.86  
Schopperstraße 13, Telefon 51027

Zl. 3112/86

An das  
Bundesministerium für Ge-  
sundheit und Umweltschutz  
Stufe 1  
1010 Wien

Zl. 29-GE 9/86
Datum: 25. MAI 1986
Verteilt 25.3.86 Per Denbinger

*J. Kolar*

Betreff: TV-41.901/11-6/86

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Lebens-  
mittelgesetz 1975 geändert wird.

Zum vorliegenden Entwurf wird wie folgt Stellung genommen:

Zu § 2 Abs. (1): Einleitend wird festgehalten, daß dieser Absatz eine unnötige Ergänzung des Lebensmittelgesetzes darstellt, weil eine Zeugenladung auch bisher schon nach der StPO den Gerichten möglich war. Zudem ist er unklar und widersprüchlich formuliert.

Jede Beurteilung des Befundes oder Gutachtens ist eindeutig als "Sachverständigentätigkeit" zu bewerten. Nach vorliegendem Text dieses Absatzes hat das Gericht jede Bedienstete der Bundesanstalten als Zeugen über die Umstände der Befundaufnahme und Begutachtung - also in Zeugentätigkeit - zu vernehmen. Was soll aber dann eine Zeugenvernehmung bringen, wenn es eine Sachverständigentätigkeit hinsichtlich Befund und Gutachten für erforderlich hält?

Zudem wurde ja schon bisher, wie einleitend erwähnt, jeder Bedienstete nach der StPO, falls dessen Zeugenaussage erforderlich war, vernommen werden. Es wurden aber auch die mit einer Zeugenladung verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Da Befunde und Gutachten in der Regel von mehreren Bediensteten bearbeitet werden, müßte vom Gericht in der Zeugenladung klar umrissen werden, über welche Umstände der Befundaufnahme und Begutachtung der Zeuge aussagen soll. Nur bei Bekanntgabe dieser Umstände, die aber in der Regel erst im Laufe einer Verhandlung dem Gericht bekannt werden, kann vom Leiter einer Anstalt der in Frage kommende Bedienstete als Zeuge ausgewählt werden. Einer unspezifischen Zeugenladung müßte der Leiter einer Bundesanstalt Folge leisten, mit dem Ergebnis, daß seine Zeugenaussage, weil er nur vereinzelt Befunde erstellt, bei Gericht nichts hergeben kann. In jedem Fall muß mit einer erheblichen Verzögerung der

-2-

berücksichtigt werden.

Ein weiterer Aspekt ist der zeitliche Aufwand für die Bediensteten der Bundesanstalten, da diese Zeugentätigkeit auch mit zahlreichen Dienstreisen in und außerhalb des Zustimmungsbereiches verbunden sein kann, müßte der Gesetzgeber für diesen personellen und finanziellen Mehraufwand an den Bundesanstalten Vorsorge treffen.

Zu § 48 Abs.(2): Dieser Absatz zielt auf die "Parteilichkeit" des "Anzeigegutachters" und übersieht völlig die "Parteilichkeit" des "Gegenprobengutachters". Gutachter nach § 48 Abs.1 MG oder aus dem Stande der Ziviltechniker sind, auch wenn sie selbst unmittelbar oder mittelbar an der Untersuchung oder Befundung der Gegenprobe beauftragt nach vorliegender Formulierung des Gesetzesentwurfes als einziger Sachverständiger zugelassen.

Mit diesem Absatz wird nicht "Waffengleichheit" hergestellt, sondern die "Parteilichkeit" des "Gegenprobengutachters" auf den Plan gerufen.

Es ist daher erforderlich in die Formulierung des § 48 Abs.(2) auch die Beschränkung der Sachverständigenbestellung des Gegenprobengutachters aufzunehmen. In der vorgeschlagenen Form stellt der § 48 Abs. (2) eine durch nichts gerechtfertigte Diskriminierung der Bediensteten der Bundesanstalten dar.

Zu § 48 Abs. (3): Die zu § 48 Abs.1 und 2 geltend gemachten Bedenken gelten sinngemäß.



Anmerkungen: 25 Ausfertigungen ergehen an das Präsidium des Nationalrates, Parlament, Ringstraße, 1010 Wien.